

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1924

308 (29.7.1924) Abendausgabe

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“

Bezugpreis: halbmöndlich 1.30 Goldmark frei Haus. In unserer Geschäftsstelle oder in unseren Agenturen abholbar 1.20 Goldmark. Einzelverkaufspreis: Werktag 10 Goldpfennig, Sonntag 15 Goldpfennig. Durch die Post bezogen monatlich 2.60 Goldmark einschließlich Zustellung. Im Falle höherer Gewalt hat der Besteller keine Ansprüche bei verspäteter oder Nichterscheinen der Zeitung. Abbestellungen werden nur bis 25. auf den folgenden Monatsheft angenommen.

Chefredakt. H. v. Laer. Verantwortl. f. Politik: Frh. Ehrhard; für den Nachrichtenenteil: Hans Bock; für Wirtschaft, Stadt u. Baden: Heinr. Gerhart; für Feuilleton: H. Weick; für „Pyramide“: Karl Joch; für Inserate: H. Schriever, sämtl. in Karlsruhe. Druck u. Verlag G. F. Müller, Karlsruhe, Ritterstr. 1. Berliner Redaktion: Dr. Rich. Jäger, Berlin-Lankwitz, Mozartstr. 37. Telefon: Zentrum 626. Für ungelieferte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Sprechstunde der Redaktion: 11-12 Uhr.

Unterhaltungsbeilage / Der Lesekreis / Literaturbeilage / Technik / Für die Frauen / Wandern u. Reisen / Turn- u. Sportzeitung / Ratgeber für Landwirtschaft u. Tierzucht

Zurück zum Rheinlandabkommen.

Der Minister für die besetzten Gebiete, Dr. Döffe, hat kürzlich in einer Unterredung mit einem Pressevertreter erklärt, daß die deutsche Regierung auf Grund der Memoranden, welche die Befugungsmächte in den Verhandlungen über Sinn und Geist des Rheinlandabkommens im Juli und im Oktober 1919 überreicht haben, für das abgezeichnete Gebiet fordert, daß vor allem zur Wiederherstellung des Rechtes das Rheinlandabkommen wieder in Kraft treten müsse.

Gleich wie das Sachverständigengutachten auf die Aufgabe der Politik der Föderation abzielt und gegenüber der „action directe“ des Poincarismus die Rückkehr zum Vertrag von Versailles fordert, muß deutscherseits im gleichen Augenblick als unerlässliche innere Ergänzung des Verlangens gestellt werden: Zurück zum Rheinlandabkommen, zurück zur Entpolitisierung des Rechtes der Okkupation. Verwaltungsmäßig ist dieses Verlangen gleichbedeutend mit der Forderung nach Sicherung der im Friedensvertrag und im Rheinlandabkommen garantierten Eigenheit der Staatshoheitsrechte und bürgerlichen Grundrechte im besetzten Gebiet. Politisch bedeutet es die Sicherung des öffentlichen und privaten Lebens im besetzten Gebiet vor den steigenden Einflüssen der politischen Durchdringung der französischen Befugungsmacht, wie sie in den fünf ersten Jahren der Besetzung in der französischen Zone systematisch durch die französische Armee und die sog. Verwaltungsorgane mehr oder minder geschickt und verdeckt betrieben wurde und während der Separatistenherrschaft besonders in der Pfalz am sinnfälligsten in Erscheinung getreten ist.

Freilich ist diese „friedliche Durchdringung“ des Rheinlandes durch den „erhabenen Ausdruck des französischen Geistes“ mit dem im Friedensvertrag und Rheinlandabkommen festgelegten Befugungs-Statut völlig unvereinbar. Aber Frankreich ebnete sich den Weg zur politischen und zur Lösung des besetzten Gebietes von Deutschland abzuleitenden Durchdringung durch Mißbrauch der im Rheinlandabkommen der besetzten Macht für reine militärische Zwecke übertragenen Befugnisse. Die Okkupation des abgetretenen Gebietes dient, wie aus Artikel 428 des Friedensvertrages im Zusammenhang mit Artikel 1 des Rheinlandabkommens unambigüelhaft erhellt, lediglich als „Bürgschaft“ für die Ausführung des Vertrages von Versailles. Sowohl im Vertrag wie im Rheinlandabkommen ist ausdrücklich anerkannt, daß die deutsche Souveränität im besetzten Gebiet ungeschwächt bleibt.

Um den Mißbrauch des Rheinlandabkommens durch die französische Befugungsmacht und die damit erfolgten politischen Absichten richtig beurteilen zu können, muß man sich die Entstehungsgeschichte des Rheinlandabkommens vergegenwärtigen. Aus dem Geiste der Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages, der das gesamte abgetretene Gebiet schließlich der Aufsicht der internationalen Befugungstruppen unterstellte und welcher der Befugungsmacht derartige Befugnisse verlieh, daß durch die bekannte politische Durchdringung die Souveränität von Reich und Ländern im abgetretenen Gebiet zu einem inhaltlos formalen Begriff geworden war und auf dessen Boden die bekannten Lösungsaktionen der französischen Generale Mangin — Maunz und Gerard — Landau erwachsen konnten, war der ursprüngliche Entwurf eines Rheinlandabkommens entstanden, wie ihn Marshall Foch im Mai 1919 dem obersten militärischen Rat unterbreitete. Nach diesem Entwurf, den der frühere amerikanische Vertreter in der Rheinlandkommission Pierrepoint Noyes in einer erschienenen Abhandlung ein „Dokument der Unmöglichkeit“ genannt hat, sollten nach 15 Jahre nach Inkrafttreten des Friedensvertrages die Kriegsgesetze mit all ihren Folgen im Rheinlande in Geltung bleiben und die deutsche Polizei und die Oberleitung der Okkupationsverwaltung im gesamten besetzten Gebiet dem französischen Oberbefehlshaber unterstellt werden. Ein vernichtendes Urteil über diesen Entwurf hat derselbe Pierrepoint Noyes in einem in der „Nation“ von ihm am 27. Mai 1919 veröffentlichten, an Präsident Wilson gerichteten Brief gefällt, in dem er erklärt, daß er in seinem Grundprinzip schlechte Entwurf eines unerträglichen Unterdrückung von sechs Millionen Menschen auf eine Reihe von Jahren bedeute und daß die Einquartierung einer feindlichen Armee in einem Lande als kein Herr in Zeiten bei der Zivilbevölkerung daß und äußerster Elend verurteilt werde. Der von Pierrepoint Noyes entworfene sog. Zivilplan

hatte als oberstes Ziel die möglichst freie Wiederherstellung der deutschen Souveränität. Was hat Frankreich aber, das diesen Plan als unvereinbar mit den vorgeschriebenen Aufgaben ansah, die es am Rhein zur Ernte seiner nach französischer nationalitätlicher Auffassung entfruchtete Früchte des Sieges, noch zu vollenden bestrebt ist, aus dem Rheinlandabkommen, dem es endlich zustimmte, um den zeitweilig sehr gefähr-

Die Rheinlandfrage im Vordergrund.

London, 29. Juli. Der Schwerpunkt des Ganzen liegt zurzeit auf den privaten Besprechungen, die sich um nichts weiteres drehen, als um die Regelung der Rheinlandfrage. Der Anstoß zu der Behandlung dieser Frage geht von den Räumungsfristen aus. In dieser Beziehung verläutet, daß Mac Donald Herriot mitgeteilt habe, daß die englische Regierung im kommenden Jahre die Kölner Zone räumen werde.

Durch diese Erklärung wurde natürlich das ganze Problem aufgerollt, das unter der Bezeichnung „Sicherheitsfrage“ bekannt ist. Ueber den Verlauf der Besprechungen ist vorläufig nichts Näheres bekannt, abgesehen, daß die alten Pläne einer Neutralisierung des Rheinlands durch den Völkerbund im Vordergrund der Verhandlungen stehen.

Das Communiqué über die gestrige Vollsitzung.

London, 29. Juli. Ueber die Vollsitzung der Konferenz wird folgendes Communiqué ausgegeben:

Die Konferenz trat gestern nachmittags 4 Uhr im Foreign Office unter dem Vorsitz Ramsay Mac Donalds zusammen. Es wurde beschlossen, ein juristisches Komitee zu ernennen, welches die Punkte 1-4 der französisch-englischen Note vom 19. Juli prüfen soll. Dieses Komitee wird aus Vertretern Belgiens, Frankreichs, Englands, Italiens und Japans zusammengesetzt sein; außerdem wird ihm ein Vertreter der Vereinigten Staaten beigegeben sein. Dieser wird aber nur beratende Stimme haben.

Es wurde beschlossen, daß der französische, belgische und englische Ministerpräsident, sowie die Führer der italienischen und der japanischen Abordnung, die Vertreter der deutschen Regierung einladen sollen.

Nach London zu kommen, sobald die Alliierten untereinander ein Einvernehmen getroffen haben werden.

Ferner wurde beschlossen, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Reparationskommission nach London zu berufen.

Snowden teilte der Konferenz mit, daß er bezüglich der Arbeiten der Ersten Kommission nichts bekannt zu geben habe. Diese werde ihre Arbeiten Mittwoch morgen fortsetzen.

Thomas legte den Bericht der Zweiten Kommission bezüglich der Herstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Einheit des Reichs dar. Dieser Bericht wurde angenommen.

Im Namen der Dritten Kommission erstattete Rinderslay Bericht über die Arbeiten dieser Kommission und teilte mit, daß die Kommission ihre Arbeiten noch nicht beendet habe.

Am Schluß der Sitzung verlas der rumänische Gesandte im Namen seiner Regierung eine Erklärung, worin mitgeteilt wird, daß die rumänische Regierung den Wunsch habe, in der Dritten Kommission vertreten zu sein. Er nahm zur Kenntnis, daß alle Fragen bezüglich Prioritäten, Verzugschulden und Kriegsschulden noch nicht erörtert werden sollen.

Der Vorschlag Logans.

London, 29. Juli. Der amerikanische Beobachter, Oberst Logan, hat, wie wir bereits in der heutigen Morgenausgabe kurz meldeten, der Ersten Kommission einen Vorschlag unterbreitet, der sich auf die nachstehenden Punkte bezieht:

Die deutsche Regierung und die Reparationskommission werden Vertreter ernennen, die sich mit den Bankiers in Verbindung setzen und zusammen die Bedingungen für die 800 Millionen-Anleihe bestimmen. Die französischen Sachverständigen haben sich grundsätzlich mit diesem

Vorschlag einer 15jährigen Besetzung zu retten, schon vor dem passiven Widerstand gemacht! Seine innere Einstellung zu dem durch Artikel 428 des Friedensvertrages den Alliierten übertragenen Mandate im abgetretenen Gebiet ist dieselbe geblieben. Wie von Frankreich der Geist des Friedensvertrages sabotiert wird, darüber urteilt Noyes in seinem erwähnten Aufsatz, nachdem er zunächst die überaus heftige und

Vorschlag einverstanden erklärt. Von englischer Seite bekämpfte ihn aber der Schatzkanzler Snowden.

Eine neue französische Kompromißformel.

Paris, 29. Juli. Die Londoner französischen Berichterstatter sind der Ansicht, daß die Einladung an Deutschland erst Ende dieser Woche erfolgen wird. Bis dahin dürfte namentlich auch über den von der französischen Delegation zurzeit bearbeiteten Kompromißvorschlag eine Einigung innerhalb der ausschlaggebenden ersten Kommission zustandekommen. Der Vorschlag der französischen Delegation wird in der Sitzung, zu der die erste Kommission morgen vormittag zusammentritt, vorgebracht werden. Mit besonderer Spannung sieht man dieser Sitzung entgegen, da die französische Delegation zum ersten Male nach den Verhandlungen über die zahlreichen von der englisch-französischen Seite eingebrachten Kompromißformeln einen Abänderungsantrag zum Protokoll vom 19. Juli vorlegt. Herriot hat gestern abend 6 Uhr mit seinen Mitarbeitern Clementel, Rollet, Peretti della Rocca, Bergery und Seydoux die großen Einnahmen des französischen Kompromißvorschlags angeführt. Ueber seine Verhandlungen liegen keine verbürgten Angaben vor.

„Petit Parisien“ vermutet indessen, daß der französische Vorschlag von allen anderen, die der morgigen Konferenz unterbreitet werden, insofern abweichen wird, als er den Arbeiten der dritten Kommission die politischen Probleme der für Frankreich lebenswichtigen Fragen anknüpft, insbesondere bezüglich der Sachlieferungen und Uebertragungen. Nach dem genannten Blatt ist es nicht ausgeschlossen, daß die französische Kompromißformel außerdem jedem Staat das Recht zugestehen, Verurteilung gegen eine Entscheidung einzulegen, die seiner Auffassung nach mit seinen Interessen nicht in Einklang stehen würde.

Die Havasagentur erklärt zu dem französischen Kompromißvorschlag, der morgen der ersten Kommission unterbreitet werden soll, daß er sich auf einen Schiedsspruch beziehe, der für den Fall vorzulegen sei, daß die Reparationskommission nicht einstimmig eine Verfehlung feststelle. Die endgültige Fassung des Wortlauts wird heute erfolgen.

Hughes kommt nach Berlin?

Berlin, 29. Juli. Wie das „Berliner Tageblatt“ erfährt, wird der amerikanische Staatssekretär Hughes auf seiner Europareise am Sonntag in Berlin ein treffen.

Paris, 29. Juli. (W.) Staatssekretär Hughes, der gestern abend in Paris angekommen ist, erklärte den Journalisten, er komme nur als Mitglied der amerikanischen Vereinigung der Advokaten, um den französischen Advokaten den Gratz ihrer Kollegen zu überbringen. Ueber die europäische Lage befragt, erklärte Hughes, sie sei ernst, aber man müsse Vertrauen haben. Es müßten Anstrengungen unternommen werden, damit der Friede in Europa und damit eine wirtschaftliche Sicherstellung möglich werde, die allein zu einer Zusammenarbeit der großen Nationen führen könne.

Belgisch-französische Meinungsverschiedenheiten?

Paris, 29. Juli. „Matin“ stellt in einer Besprechung der Londoner Verhandlungen fest, daß Belgien in der Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes nicht den französischen Standpunkt vertritt. Thénis nehme auf die politische Lage seines Landes Rücksicht. Auf jeden Fall sei er einer Fortsetzung der Besetzung abgeneigt. Auch innerhalb der französischen Delegation machten sich verschiedene Meinungen bemerkbar.

Paris, 29. Juli. Die Reparationskommission ist nach London eingeladen worden. Der Präsident Barthou berief die Mitglieder der Kommission für Dienstag zusammen. Man glaubt, daß die Reparationskommission Mittwoch abreisen will.

hartnäckige Feindseligkeit festgesetzt hat, mit der Marshall Foch und seine Kreise, dem von ihm entworfenen „Zivilplan“ entgegengetreten. „Es wird französischerseits offen behauptet, so heißt es am Schluß dieses Aufsatzes, daß „da der Kompromiß im Hinblick auf aktive amerikanische Teilnahme und auf ein Defensivbündnis eingegangen worden sei — nun ein Rückweg zu jenen freieren ursprünglich geplanten Verwaltungsmethode gefunden werden müsse und durch Ausschaltung von Eingriffen der hohen internationalen Kommission, die den „französischen Interessen“ vorgesetzt Widerstand geleistet“ habe, der „neuen französischen Politik“ Erfolg zu sichern...

Je mehr sich die französischen Militärs und Rheinlandpolitiker in ihrer Hoffnung enttäuscht sahen, daß die rheinische Bevölkerung von sich aus in „spontaner Offenbarung des politischen rheinischen Freiheitssehens“ die Trennung vom Reich vollziehe, desto härter wird das Bestreben auf eine Revision des Rheinlandabkommens als eine „Frucht feiger Kompromisse“, um so unverhüllter werden die Forderungen der französischen nationalitätlichen Presse, daß sich der französische Oberkommissar, dem der „geschichtlich überkommene Besitzstand“ Frankreichs im Rheinland zu treuen Händen anvertraut sei, damit er mit dem „politischen Pfund wuchere“ von den „Fesseln“ befreie, die ihm das Rheinlandabkommen auferlegt habe.

Das hierzu erforderliche Mißtrauen schuf sich Frankreich zunächst durch die Einrichtung eines großen Behördenapparates. Trotzdem der französische Minister Loucheur ausdrücklich erklärt hat, daß es nach Inkrafttreten des Friedensvertrages „keine Agenten mehr geben werde, die beauftragt sind, die deutschen Behörden zu überwachen“, ist die alte Militärverwaltung nach berufsmäßiger Gliederung und geistiger Einstellung ihrer Vertreter nicht nur dieselbe geblieben, sie wurde noch der verwaltungsmäßigsten Seite besonders in der Pfalz in den kleinsten Bezirken ausgebaut. Hand in Hand damit ging die planmäßige Ausgestaltung der französischen Militärgewalt, die entgegen den ausdrücklichen Vorschriften des Artikel 3 des Rheinlandabkommens schließlich auf alle Widerhandlungen, auch gegen das von der Rheinlandkommission als der obersten Zivil-Instanz geschaffene besondere Befugungsrecht und sogar auf Zivilsachen ausgedehnt wurde. Daneben wurde als politische Polizei zur Befugung der deutschen Bevölkerung eine eigene Militärpolizei geschaffen.

Der Tag des Inkrafttretens des Friedensvertrages, der einen neuen Zeitabschnitt für das besetzte Gebiet einleiten sollte, hat also tatsächlich an dem Geiste und dem Wesen der französischen Okkupation nichts geändert. Am bemühten Widerspruch zu dem Geiste des Rheinlandabkommens hat Frankreich in seiner Zone zwei Gewalten aufgerichtet, von denen die eine nichts anderes ist als die Vollstreckung des politischen Willens der Militärgewalt, zur politischen Durchdringung des besetzten Gebietes im Sinne der französischen Rheinlandpolitik. Erste Voraussetzung für die im Sachverständigengutachten geforderte Wiederherstellung der deutschen Souveränität im Rheinlande ist daher die Wiederherstellung des Rheinlandabkommens. Das ist eine im Sachverständigengutachten selbst enthaltene Sicherheitsnotwendigkeit Deutschlands.

Die wirtschaftliche Lage des Elsaß.

Ueber die wirtschaftliche Lage des Elsaß unter französischer Herrschaft teilt die „Neue Züricher Zeitung“ folgende interessante Einzelheiten mit:

„Wirtschaftlich ist die Lage im allgemeinen günstig. Die Industrie floriert, zum Teil dank den Ausnahmegestimmungen des freien Imports und Exports mit dem deutschen Nachbar. Ob die Schließung der Grenze nicht schmerzliche Verhältnisse schafft, muß sich zeigen. Befragt wird in einzelnen Industrien über Raubbau und sorglose Produktion. Es fehle an der deutschen Methode und Gewissenhaftigkeit, und der Dividendenhunger der Aktionäre schade der Qualität der Erzeugnisse. Aber das mögen Ausnahmen sein; im ganzen geht es gut. Auch der Bauer ist zufrieden. Sehr bange ist dem Volke vor einem Aufgebenlassen seines Bohnenbesitzes in der Ostbahn, deren Betrieb dem elsaßischen an Sauberkeit und Pünktlichkeit bedeutend nachsteht.

Das etwa 1700 Kilometer lange Bahnnetz ist trefflich verwaltet und genießt noch eine relative Lokalautonomie. Das Material ist das übertriebene der alten deutschen Reichsbahn. Aber man wird auch hier in Paris nicht nachgeben. Schon sind die Zugleistungen vermindert worden und manches ist nicht mehr wie es früher war. Die im April wieder um 33 Prozent erhöhten Fahrpreise stehen noch immer unter den deutschen Rentenmarktpreisen und die Fahrt von Basel nach Frankfurt über Weiskirchen oder Lauterburg.

Mainz ist bedeutend billiger als über Karlsruhe, aber auch ziemlich viel länger und umständlicher.

Das Land steht in seiner politischen und wirtschaftlichen Existenz noch ganz im Ubergangsstadium. Was die völlige Assimilation an Frankreich und die endliche Loslösung vom deutschen Wirtschaftsgebiet dem Lande in Zukunft bringen wird, ist noch sehr unsicher.

Ein bezeichnender Zwischenfall.

London, 29. Juli. Der Sonderberichterstatter des "Echo de Paris" berichtet über einen Zwischenfall, der sich im Laufe der Plenarsitzung der gestrigen Konferenz ereignet habe. Es sei über die Frage der Einladung der rumänischen Delegation verhandelt worden. Der rumänische Botschafter Titulesco habe an Mac Donald die Frage gerichtet, ob die kleinen Staaten zu Rate gezogen würden, bevor man sich endgültige, deutsche Delegierte nach London zu berufen. Mac Donald habe geantwortet: "Sie würden doch soeben um ihre Meinung befragt. Unser Entschluß steht grundsätzlich fest. Um ihn im gegebenen Augenblick auszuführen, brauchen die Großmächte lediglich während zwei Minuten ihre Meinung auszutauschen." Titulesco antwortete: "Ich schätze mich glücklich zu erfahren, daß die Großmächte sich in zwei Minuten über eine so wichtige Frage verständigen können." "Glauben Sie mir", entgegnete Mac Donald, "und zwar in gereiztem Tone, daß, wenn wir in Schwierigkeiten geraten werden, wir nicht perfekten werden, Rumänien zu Hilfe zu rufen." Titulesco habe darauf erwidert: "Rumänien erklärt Ihnen durch mich, daß es Ihnen seine Unterstützung gewährt."

Paris, 29. Juli. Die Londoner Vertreter der Pariser Presse machen immer noch ausführliche ergänzende Angaben über den Verlauf der Sitzung der ersten Kommission. "Petit Parisien" unterrichtet die hervorragende Rolle, die der amerikanische Beobachter gestern spielte. Er hat insbesondere nachstehende aufsehenerregende Erklärung abgegeben: "Die Vereinigten Staaten betrachten den Sachverständigenplan als das einzige Mittel, aus dem offenen Schwierigkeiten, mit denen Europa zurzeit kämpft, einen Ausweg zu finden. Aus diesem Grunde hat sich die amerikanische Regierung damit einverstanden erklärt, daß der Reparationsgeneralagent ein amerikanischer Staatsangehöriger ist."

Die enttäuschten Pariser Bankiers.

Paris, 29. Juli. Der Sonderberichterstatter des "Matin" in London stellt fest, daß die aus Paris angekommenen Bankiers Pinat, Serget und Lewandowski noch nicht in Erscheinung getreten sind. Nach einem Tag vergeblicher Beratungen berieten sie sich, warum sie überhaupt nach London gerufen worden seien. (1) Die angesehenen Finanzleute hätten die französischen Bankiers befragt, wenn sie kämen, um sich mit ihnen zu verständigen, dann könne man doch annehmen, daß sie kämen, um einen Teil der Anleihe zu übernehmen. Die französischen Bankiers hätten erklärt, daß das nicht ihre Absicht sei.

Runtius Pacelli in diplomatischer Mission in Berlin.

Rom, 29. Juli. Die "Tribuna" berichtet aus Berlin, daß dort der apostolische Nuntius Pacelli eingetroffen sei. Er habe eine Unterredung mit dem englischen Botschafter gehabt, der solche mit dem italienischen und dem dieser Tage zurückgewanderten amerikanischen Botschafter, sowie dem französischen Geschäftsträger folgen sollen. Der Nuntius werde auch Reichskanzler Dr. Marx vor dessen Abreise nach London sprechen. Diese diplomatische Aktivität des Nuntius Pacelli sei von großer Wichtigkeit, da sie sich

auf dem Gebiete internationaler Fragen des Tages bewege. Sie stehe im Zusammenhang mit dem Bestreben des Vatikans, zur Befriedung Europas beizutragen.

Savas über die Micum-Verhandlungen.

Paris, 29. Juli. (B.) Die offizielle Savasagentur berichtet über die gestrigen, erfolglos abgebrochenen Micum-Verhandlungen: Die Industriellen hätten des Vängeren ihren Standpunkt auseinandergesetzt und daran erinnert, daß sie schon am 8. Juli genötigt gewesen seien, die am 30. Juni unterzeichneten Verträge wieder zu kündigen, weil die deutsche Regierung es ablehnte, über den 6. Juli hinaus einen Teil der Kohlenlieferungen auf Reparationskonto in Anrechnung zu bringen. Falls die deutsche Regierung ihren Entschluß nicht rückgängig machen würde, — so erklärten sie — so würden sie den ganzen August hindurch ihre Lieferungen nicht fortsetzen, da angesichts der kritischen Lage der Ruhrgegend eine derartige Fortsetzung völlig ausgeschlossen sei. Sie hätten darauf hingewiesen, daß trotz der Prozentigen Herabsetzung der Kohlensteuern, die im Anschluß an eine von der Micum zugestandene Regelung bei der letzten Verlängerung der Verträge beschloffen wurde, die Belegen immer noch an Abzugs mangel leiden. Die schließliche Kohle machte der Ruhrgegend erfolgreich Konkurrenz bis an die Grenzen des besetzten Gebietes und die Belegen seien zurzeit genötigt, die erforderlichen einzulegen. Die durch den Abzugs mangel in die Höhe getriebene Zahl der Arbeitslosen betrage 35 000 täglich. Im gegenseitigen Einverständnis sei beschloffen worden, am 31. Juli nachmittags 4 Uhr eine neue Besprechung abzuhalten, nachdem inzwischen die deutschen Industriellen mit der deutschen Regierung erneut Fühlung genommen hätten.

Die Arbeiten des Aufwertungs-ausschusses.

Berlin, 29. Juli. Im Aufwertungs-ausschuss des Reichstags wurde im weiteren Verlauf als Vertreter des Bundes deutscher Mietervereine Rechtsanwalt Groß (Dresden) vernommen. Groß erklärte, jede Aufwertung bedeute für die Wirtschaft eine neue Zinsenlast, die eine neue Inflation hervorgerufen müßte. Als Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes betonte Gewerkschaftssekretär, Derschel, die Gewerkschaften kämen aus praktischen Gründen zu einer Ablehnung der Aufwertung; wenn aber aufgemerkt werde, so müßten vor allem die kleinen Sparer berücksichtigt werden.

Landrat Heine aus Oshersleben vom Hypothekengläubiger- und Sparerschutzbund machte den Vorschlag, den Aufwertungsatz bei Vermögen und Sparanleihen auf 50 Prozent zu bemessen. Für Schulforderungen bis 5000 M sollen die Vermögen bis 1. Januar 1925 gesperrt werden, für die übrigen bis 1. Januar 1927. Die Verzinsung soll in diesem Jahre 2 Prozent, im nächsten 3 Prozent betragen. Von 1928 ab sollen vertragsmäßige Zinsen bezahlt werden. Für öffentliche Anleihen soll der Aufwertungsatz 80 Prozent des Goldwerts betragen. Sie sollen vom 1. Oktober 1924 mit 1 Prozent verzinst werden. Oberlandesgerichtspräsident Vest gab dann noch einige Erläuterungen zu dem von ihm verfaßten Gesetzentwurf, der von den Gläubigerschutzverbänden vertreten wird. Dieser Entwurf will den Umwertungsatz nicht einheitlich festlegen, sondern nach den wirtschaftlichen Verhältnissen des Schuldners begründen. Nach weiteren Sachverständigen-Vorlesungen vertagte sich der Ausschuss. Die nächste Sitzung soll vor dem Zusammentritt des Plenums des Reichstags in 14 Tagen stattfinden. Es sollen dann die Vorschläge der Fraktionen selbst sich der kulturellen und wirtschaftlichen Bedeutung dieser Methode nicht haben verschließen können und eine genaue Nachahmung des Deutschen Werkbundes in ihrer "Design and Industries Association" ins Leben rufen haben. — Da aber die Form nur Anerkennung eines irgendwie bestimmten neueren Bedürfnisses ist, sieht sich der Deutsche Werkbund vor Aufgaben von ungeheurer Tragweite gestellt. In erster Linie ist es hochwertige Arbeit auf allen Gebieten, die er zu erzielen strebt, um die Freude der Masse oder Verbraucher an Gegenstände zu wecken; um diese zu erhöhen, will er nur echte Materialien verwenden wissen; um zur Brauchbarkeit zu erzielen, soll jedes Material nur so verwendet werden, daß es ohne weiteres als das zu erkennen ist, was es ist. Der Erreichung des gesteckten Zieles stellen sich bewußt von Seiten einer minderwertigen Industrie und unbewußt auf psychologischer Basis allergrößte Schwierigkeiten entgegen. Darum sind es tiefe Erziehungs- und Entwicklungsarbeiten, die neben dem rein künstlerischen den Deutschen Werkbund beschäftigen. Dieses Allumfassende der Bestrebungen trat in der Tagung hier in Karlsruhe in den Vorträgen in die Erscheinung, die am 25. und 26. Juli gehalten wurden und von denen der von Dr. Forst in Stuttgart über: "Mechanisierte Industriearbeit — muß sie im Gegensatz zur freien Arbeit Mensch und Kultur gefährden?" und der von Minister Dr. Dellpach gehaltenen "Erziehung der Arbeit" in engstem Zusammenhang standen. Das Prinzip der Mechanisierung und Typisierung der Arbeit und die Frage nach seiner Anwendbarkeit und ihrer Folgen wurde von Dr. Forst in den Mittelpunkt der Betrachtung gestellt. Ausgehend von der Zunahme der Bevölkerung in Europa und der aus Gründen mangelhafter Existenzmittel einsetzenden Auswanderung entwickelte der Redner die Methoden zur Verhütung dieser Erscheinung, indem statt der Menschenansuhr, die von Menschenhand gefertigten Waren zur Ausfuhr gelangen. Von hier aus bewegt sich die Industrialisierung weiter

tionen beraten werden, wobei die Rückänderungen der Regierung und das Gutachten der Sachverständigen berücksichtigt werden sollen.

Deutsches Reich

Die Gehälter der Bankbeamten.

Berlin, 29. Juli. Gestern ist im Reichsarbeitsministerium ein Schiedsspruch gefällt worden, demzufolge die Gehälter für die Bankbeamten für Juli und August um 10 Prozent erhöht werden.

Vor der Beilegung des deutsch-russischen Zwischenfalls.

Berlin, 29. Juli. Reichsaußenminister Dr. Stresemann empfing gestern den russischen Botschafter Brodowski. Der Außenminister befragte die bevorstehende Unterzeichnung des zwischen Rußland und Deutschland vereinbarten Protokolls über die Beilegung des deutsch-russischen Konflikts. Man nimmt an, daß die Unterzeichnung in den nächsten Tagen erfolgen wird.

Veranstaltungsverbot für den 3. August im besetzten Gebiet.

Dortmund, 29. Juli. Der Kommandant der dritten Sintiendivision hat alle für den 3. August vorzulegenden Veranstaltungen untersagt, selbst wenn sie vorher für diesen Tag genehmigt worden sind.

Der Oberbürgermeister von Mainz darf zurückkehren.

Mainz, 29. Juli. (B.) Der Ausweisungsbefehl gegen den Oberbürgermeister von Mainz, Dr. Karl Klüb, ist von der Rheinlandkommission zurückgenommen worden.

„Wegen Spielens vaterländischer Lieder“.

Berlin, 29. Juli. Blättermeldungen aus Neulinghausen zufolge ist das dortige Stadtkaffee wegen Spielens vaterländischer Lieder auf acht Tage von der Besatzungsbehörde geschlossen worden.

Freilassung eines Beteiligten an der Mündner Räterepublik.

München, 29. Juli. Einer der Beteiligten an der Mündner Räterepublik, der im Sommer 1919 zu fünfjähriger Haft verurteilt wurde, ist nun freigesetzt. Er ist jetzt aus der Haft entlassen worden, nachdem ihm für das letzte halbe Jahr seiner Haft Bewährungsfrist ausgestellt worden ist.

Neue Kommunistenprozesse in Leipzig.

Leipzig, 29. Juli. (B.) Am 6. August beginnen weitere Kommunistenprozesse vor dem Staatsgerichtshof am Schuß der Republik unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten beim Reichsgericht, Riedner. Als Angeklagte erscheinen wegen Hochverrats am 6. August Kommunist Dik, am 7. und 8. Kommunist Fiedler und Genossen, im ganzen 11 Angeklagte, von denen vier Reichswehrinteroffiziere bzw. Soldaten waren. In diesen wäre als zwölfter Angeklagter der Obergefreite Graefe, der bereits am 16. Dez. 1923 im Gefängnis Selbstmord begangen hat, hinzugekommen. Die Reichswehrsoldaten hatten Gewehre, Munition und Sanbarakdaten gestohlen und sie der kommunistischen Partei Deutschlands neuen Entgelt überlassen.

Die Früchte der kommunistischen Hege.

Berlin, 29. Juli. Am Sonntag nachmittag drangen etwa 100 junge Burken in das Berliner Ausflugsrestaurant „Schilbhorn“ an der Havel ein, begannen Streit mit den Gästen und dem Bedienungspersonal und stießen an, Borräte an Ess- und Trinkwaren zu plündern. Die herbeigerufene Polizei war zunächst machtlos und mußte Verstärkung heranziehen. Es gelang dann der Polizei, sieben Rädelshörer zu verhaften, die alle aus Reglin bei Potsdam stammen

und angaben, einem Musikverein anzugehören. Da der Verdacht besteht, daß es sich um eine politische Angelegenheit handelt, übernahm die politische Abteilung des Berliner Polizeipräsidiums die Bearbeitung des Falles.

Verschiedene Meldungen

Widersprechende Meldungen aus Brasilien.

Washington, 28. Juli. (B.) (Frankfurt.) Nach Nachrichten, die dem Staatsdepartement zugegangen sind, haben die revolutionären Truppen Sao Paulo gekämpft. Die Stadt ist von den Truppen der brasilianischen Regierung besetzt worden.

Nach einer Meldung aus Rio de Janeiro liegen die Aufständischen, nachdem sie Sao Paulo verlassen haben, in das Innere des Landes. General Costa hat die Stadt mit 40 Meilen südwestlich von Sao Paulo besetzt und will die Flucht der Aufständischen verhindern.

Im Gegensatz zu diesen Meldungen berichtet Savas aus Rio de Janeiro, daß die Regierungstruppen die Stadt Sao Paulo wieder eräumt hätten.

Einberufung der Reserveoffiziere in Rumänien.

Paris, 29. Juli. Nach dem „Daily Telegraph“ hat der rumänische Kriegsminister alle Umlauber zurückgerufen. Außerdem wurden sämtliche Reserveoffiziere unter die Fahnen berufen. In Westarabien sind größere rumänische Truppenkörper zusammengezogen worden. Ueber die Provinz ist in ihrer gesamten Ausdehnung der Belagerungszustand verhängt worden.

Schweres Begehungsstück — 6 Bergleute getötet.

Dortmund, 29. Juli. Das preussische Oberbergamt teilt mit: Auf Bege IV der Gewerkschaft Friedrich Thoben in Hamborn ist am 28. Juli nachmittags 2 Uhr, zu Beginn der regelmäßigen Einfahrt das Förderseil der Nebenseilbahn von der fünften nach der sechsten Sohle gerissen. Beide Seile, von denen nur eines besetzt war, sind abgetrennt. Hierbei sind sechs Mann tödlich verunglückt.

Berlin, 29. Juli. Auf der Bege Graf Bismarck bei Buer in Westfalen gerieten 26 Bergleute unter stürzende Steinschichten. Ein Bauer wurde getötet, ein anderer lebensgefährlich verletzt.

Explosion auf der Baustelle der Berliner Nord-Süd-Bahn.

Berlin, 29. Juli. Auf der Baustelle der Nord-Süd-Bahn in der Rietzebrücke in der Dahlenheide brachen bei Schweißarbeiten umherfliegende Funken mehrere neuangelegte Gasröhren zur Explosion. Das Straßenniveau wurde aufgerissen und die Straße bis zu 20 Meter hoch emporgeschleudert. Die Fenster der umliegenden Häuser wurden durch den Aufwind zertrümmert. Zwei an der Explosionsstelle beschäftigte Arbeiter wurden mit schweren Brandwunden ins Krankenhaus übergeführt.

Doppelmord und Selbstmord.

Konban, 28. Juli. (B.) Gestern früh ereignete sich hier ein doppeltes Verbrechen: Der Arbeiter Julius Bestehe seine Frau, seinen 3½-jährigen Sohn und dann sich selbst. Alle drei sind tot. Man nimmt an, daß Verunsicherung und Nahrungsjorgen die Ursache zu dieser Tat sind.

Neue Opfer Haarmanns?

Glauchau, 29. Juli. Seit 1½ Jahren wird ein Glauchauer Bürger vermißt, dessen Spuren in die Nähe von Hannover führen. Es liegt der Verdacht nahe, daß der Verlorene ein Opfer des Massenmörders Haarmann an geworden ist. Auch das Verbrechen junger Leute und Dohent ein, Erntetal und Umgegend wird mit dem Mörder Haarmann in Verbindung gebracht.

Tagung des Deutschen Werkbundes.

Wer mit wachen Augen die Erscheinungen der sichtbaren Welt betrachtet, wie sie sich in seiner engeren und weiteren Umgebung in den letzten Jahrzehnten, besonders aber während und nach dem großen Kriege gebildet haben, sieht eine absteigende Linie im Existenzempfinden der breiten Massen sich entwickeln, die mit unerbittlicher Forderung eine grundlegende Abhilfe heischt. Der Mensch der Gegenwart hat sich abgelöst aus dem Zusammenhang der Welt; sein Lebensstil ist verantwortungslos geworden gegenüber der Zukunft. Er weiß nicht mehr, daß die Dinge mit denen er sich umgibt, Wesenszeugen von unbestechlicher Wahrhaftigkeit sind und sein werden. Diesen Zusammenhang wiederherzustellen, den Takt des Lebens im Blute zu härterem Bewußtsein zu bringen und den toten Dingen, die doch ihr geheimes Leben haben, aufzutragen, ist die Aufgabe, die sich der Deutsche Werkbund gestellt hat. Das Gebiet, das er anbaute, ist das der Form. Zur Väterung des Geschmades und zur Durchsetzung seiner Ziele hat der Werkbund „Das Deutsche Museum für Kunst in Handel und Gewerbe“ gegründet; als Organ der Propaganda verankert ist es Ausstellungen überall da, wo das Bedürfnis dafür vorliegt. Außer diesen Verkaufsstellen sind ständige Ausstellungen in den Räumen von Handelswerkstätten geplant und auch bereits verschiedentlich verankert worden. Auch eine Lichtbildzentrale hat der Deutsche Werkbund ins Leben gerufen und die Geschmadeszielung auch in das Schaufenster hineintragen, das den breitesten Massen zugänglich und erziehend ein wesentliches Agens für die Wahl eines Gegenstandes bildet. Die Deutsche Werkbundsstellung in Köln im Jahre 1914 hat durch die Demonstration ad oculos der Uebertragung von Kunst und Wissenschaft auf die Industrie einen so durchschlagenden Erfolg gehabt, daß die Eng-

länder selbst sich der kulturellen und wirtschaftlichen Bedeutung dieser Methode nicht haben verschließen können und eine genaue Nachahmung des Deutschen Werkbundes in ihrer "Design and Industries Association" ins Leben rufen haben. — Da aber die Form nur Anerkennung eines irgendwie bestimmten neueren Bedürfnisses ist, sieht sich der Deutsche Werkbund vor Aufgaben von ungeheurer Tragweite gestellt. In erster Linie ist es hochwertige Arbeit auf allen Gebieten, die er zu erzielen strebt, um die Freude der Masse oder Verbraucher an Gegenstände zu wecken; um diese zu erhöhen, will er nur echte Materialien verwenden wissen; um zur Brauchbarkeit zu erzielen, soll jedes Material nur so verwendet werden, daß es ohne weiteres als das zu erkennen ist, was es ist. Der Erreichung des gesteckten Zieles stellen sich bewußt von Seiten einer minderwertigen Industrie und unbewußt auf psychologischer Basis allergrößte Schwierigkeiten entgegen. Darum sind es tiefe Erziehungs- und Entwicklungsarbeiten, die neben dem rein künstlerischen den Deutschen Werkbund beschäftigen. Dieses Allumfassende der Bestrebungen trat in der Tagung hier in Karlsruhe in den Vorträgen in die Erscheinung, die am 25. und 26. Juli gehalten wurden und von denen der von Dr. Forst in Stuttgart über: "Mechanisierte Industriearbeit — muß sie im Gegensatz zur freien Arbeit Mensch und Kultur gefährden?" und der von Minister Dr. Dellpach gehaltenen "Erziehung der Arbeit" in engstem Zusammenhang standen. Das Prinzip der Mechanisierung und Typisierung der Arbeit und die Frage nach seiner Anwendbarkeit und ihrer Folgen wurde von Dr. Forst in den Mittelpunkt der Betrachtung gestellt. Ausgehend von der Zunahme der Bevölkerung in Europa und der aus Gründen mangelhafter Existenzmittel einsetzenden Auswanderung entwickelte der Redner die Methoden zur Verhütung dieser Erscheinung, indem statt der Menschenansuhr, die von Menschenhand gefertigten Waren zur Ausfuhr gelangen. Von hier aus bewegt sich die Industrialisierung weiter

Bevölkerungszunahme in aufsteigender Linie auch für uns in Deutschland. Durch das Zerbrechen der Arbeit in kleine und kleinste Teile sind als Gegengewicht Aufstiegsmöglichkeiten für den Einzelnen geschaffen, wie sie früher nicht vorhanden waren. Den Schätzungen, die diese Mechanisierung mit sich führt, kann begegnet werden durch Schaffung eines freien Rechtsverhältnisses zwischen Arbeiter und Unternehmer durch gesundheitsdienliche Arbeitsräume, Einschränkung der Arbeitszeit, was durch Betriebsverbesserungen und Vereinfachungen sehr wohl zu erreichen ist; bei Ford arbeitet man beispielsweise nur 5 Tage in der Woche, durch Verlegung der Wohnungen in Gartenorte, damit das Verhältnis zur Natur wiederhergestellt werde und auch weil der Arbeiter als Eigenbesitzer und Landwirt schwere Zeiten besser übersteht. Der Stolz und die Freude des Handwerkes fehlen dem Industriearbeiter, der immer nur einen und zwar aus Vollkommenheitsgründen nur denselben Teil eines Ganzen herstellt. Es muß durch Unterweisung aufgeklärt werden über die Wichtigkeit pflichttreuer, exakter Arbeit. Ein wesentlicher Faktor der Aufklärung ist die Werkbücherei. Eine neue Einheit von Technik und Kunst ist durch den Deutschen Werkbund geschaffen worden und diese auszubauen ist die Industrie durchaus geneigt. Künstler, die auf Form und Gestaltung Einfluß ausüben, müssen herangezogen werden, um dem einfachen Hausgerät und den Gegenständen des täglichen Gebrauches für jedermann den Reiz und die künstlerische Linie zu geben, den die Wege der letzten Zeit sehr zur Schädigung des Geschmades der Massen vermischen ließ.

Am Sonntag früh im Lichthof der Landesfunkhalle beleuchtete Minister Dr. Dellpach das Verhältnis des Menschen zur Arbeit unter der Ueberschrift: "Erziehung der Arbeit". Von der Erziehung her, d. i. dem Wunsche und dem Zutrauen, aus einer menschlichen Seele nach unserem Willen etwas zu formen. Die Forderung der Arbeit ist uralte, aber gemäß dem Fluche, aus dem sie gefordert, ein Stück Arbeit, etwas

Auferlegtes, eine Pein. Seit Luther und in calvinistisch-puritanischer Auffassung wird sie aus religiösen Gründen Lebensinhalt, wenn nicht Lebensziel. In der Aufklärungszeit fallen Lebensinhalt und Lebensziel in der Arbeit zusammen. Die Fach- und Lebensbeziehung der Vorklinge fällt bei der Industrialisierung des Handwerkes fort, die irrationalen Werte des Verhältnisses vom Lehrling zum Meister und seine Familie verschwinden. Die Arbeit selbst die Arbeiterangelegenheit, die Erziehung selbst in der Form nordärztiger Anleitung in die Hand. Der Arbeiter wird nach Prüfung seiner Eignung an einen sehr engen Platz festgelegt, an dem er die erkannte Fähigkeit zu üben hat. Er lernt also nicht Neues. Es fragt sich, ob die kleinsten Arbeiten in der Fabrik sinnvoll und fitlich mit dem ganzen Menschen zu verknüpfen sind, ob sie einer Integration fähig sind? Ohne Ethik ist das Leben leer. Es muß eine Verknüpfung mit dem Volke durch Pflichten und Verdienste der Sprache, eine Verknüpfung mit dem Staate durch Staatsdienstleistungen, eine Verknüpfung mit dem Einzelnen durch die Forderung: "Weniger Arbeit, mehr Lohn" in eine Sackgasse, der wir ein Tor brechen müssen. Wir Deutsche haben gar keine Wahl: Arbeit als Pflicht wird das Los der nächsten Generation sein, aber die Auseinandersetzung mit ihr muß dahin führen, daß das Leben zur Arbeit wird sagen müssen: "Ich lasse dich nicht, du lebst mit dem."

Zwischen diese beiden Vorträge war eine Verhandlung des Spielfilms geschoben, der am Freitagabend stattfand. Die Bedeutung der Frage: "Was kann heute der Spielfilm?" wurde vom Vorsitzenden des D.W.B. eindringlich betont und war auch allen, die sich mit diesem Problem beschäftigten, sehr klar. Sie wurde selber nur vom filmtechnischen Standpunkt aus behandelt.

Von der Wichtigkeit und Wesentlichkeit der vom D.W.B. mit Temperament und Energie verfolgten Ziele durchdrungen, sind Reichsstaatssekretär Schula in Vertretung des Mini-

Badischer Landtag

Vortagung der Landwirtschaftsdebatte. (Vormittags-Sitzung.)

Karlsruhe, 29. Juli. Der Landtag setzte heute die Beratung über den Voranschlag des Ministeriums des Innern bei der Abteilung Landwirtschaft und Ernährung fort. Nach Bekanntgabe neuer Eingänge erhält das Wort Abg. Engelhard (Str.). Er schildert die Lage der Landwirtschaft und des Weinbaues. Die billige Weineinfuhr aus dem Auslande würde eine schwere Katastrophe bedeuten. Abg. Hertle (Kdd.) betont, daß die Sparmaßnahmen nicht bei den Bezirksämtern bei den Kreisabteilungen des Ministeriums des Innern hätten anfangen sollen. Den berechtigten Wünschen der Bezirksämter sei nicht genügend Rechnung getragen worden. Der Redner begründet dann einen Antrag seiner Parteifreunde, die Regierung zu ersuchen, die badischen Vertreter im Reichstag anzumelden, für den Vollschutz für landwirtschaftliche Erzeugnisse einzutreten, und empfiehlt Annahme durch alle Parteien. Er polemisiert gegen die Berichtserstattung der Zentralpresse und behauptet unter allgemeiner Heiterkeit, daß die Landbundesversammlung die Wahrheit schreibe. Wir sind für einen Ausgleich der Stände.

Abg. Wittenmann (Str.) meint: Die zu vielen Festlichkeiten, deren Aufwand und Ausmaß in gar keinem Verhältnis zu unserer Not stehen, könnten eingeschränkt werden. Der Ausbau der Bezirksämter sei durch die Not bedingt gewesen. Der Staatsbeistand für den badischen Verkehrsverband sei als produktive Ausgabe im Interesse der Erhaltung der badischen Heimat angemessen zu erhöhen, seine Verteilung werde einen entsprechenden Antrag stellen.

Nachdem der Redner dann noch erklärt hat, daß er für alles, was zum Nutzen und Wohl der Landwirtschaft bisher im Hause gelangt worden sei, sowie es vertretbar sei, eintrete und auf Wärme unterhalte, führt er die Vertretung als „Landtagspolitik“ des Landbundes ab. Die Ausführungen des Redners sind besonders gegen die Tonart der „Schwarzwälder Zeitung“ und die Angriffe auf die Reichsregierung. Die Abrechnung ist recht gründlich, der Landbund quittiert mit Schmeißen.

Abg. Maier-Heidelberg fragt an, ob es nicht möglich sei, daß die Gendarmen bald wieder auf normalen Friedensstand gebracht werden können. Wir begrüßen die Bestrebungen zum Ausbau der Selbstverwaltung. Der Verordnungsverfahrensreform sei eine Vereinfachung von städtischem Vermögen. Wir verlangen für solche weittragende Beschlässe qualifizierte Mehrheiten. Der Umfall des Heidelberger Stadtrats sei diktatorisch gewesen, durch Nichtachtung auf besondere Interessengruppen. Zu den Kommunisten gewandt sagte der Redner, daß die Sozialdemokratie werde nie zulassen, daß mit der Arbeiterschaft Schindluder getrieben werde, wie es jetzt in der Kampfwoche geschehen sei. Der Staat müsse sich gegen alle Verbrechen gleichmäßig schütten. Zur Vollpolitik für die Redner aus, die Sozialdemokratie sei bereit, die Landwirtschaft zu schützen durch Bewilligung von Krediten; sie müsse es aber unter allen Umständen ablehnen, sie der Vollpolitik auszuliefern.

Innenminister Rummel äußerte sich eingehend in seinem Schlusswort zu den in der Generaldebatte gemachten Ausführungen. Für die Regierung sei bei allen gesetzgeberischen Maßnahmen die Erfahrungstatsache das Leitmotiv ihres Handelns gewesen. Zum Besonderen sprach er sich über die Bemerkungen, daß seine Durchführung den Gemeinden gegenüber nahezu an die Unmöglichkeit grenze. Die innenpolitische Auseinandersetzung über das, was die außenpolitische Lage bringen würde, wird schwere politische Entscheidungen hervorgerufen. Zu der Frage der Aufnahme von Darlehen in England verweist der Minister auf das Rundschreiben vom 20. Mai, in dem bekanntlich zu größter Zurückhaltung auf-

gefordert wurde. Bis jetzt sei noch in keinem einzigen Falle ein Darlehen zur Auszahlung gelangt. Mit größtem Nachdruck müsse zurückgewiesen werden, daß die Gemeinde Eberbach, die ein Darlehen von einer Million erhalten sollte, als Geldvermittlungsinstitut für die Industrie aufzutreten wolle. Die Gemeinden könnten sich für die Gelddarlehne nicht haften erklären, weil dies über ihre Kraft hinausginge.

Die Bezirksämter seien abgebaut worden, weil die Regierung diesen Abbau als eine der wichtigsten Staatsnotwendigkeiten anerkannt habe. Der Abbau sei indessen noch nicht beendet. Es adle den Landtag, wenn er für die Kulturaufgaben alles, was möglich sei, aber zur Erhaltung des Staates müsse alles getan werden, was notwendig sei. Die Not werde hier zu den äusseren Beschränkungen führen müssen. Es sei unrichtig, daß die Firma Lang einen Staatskredit erhalten habe. Der Staat sei heute noch nicht in der Lage, seine Finanzen über seine Kraft anzupumpen.

Der Schutz der Arbeitswilligen durch die Polizei werde nur dann durchgeführt werden, wenn sie durch Streikende bedroht würden. Die Polizei habe dabei eine außerordentlich schwierige Lage. Man könne hier deshalb nicht ohne Weiteres den Vorwurf der Parteinahme für die Streikenden machen. Uebergriffe seien festgestellt worden und würden von der Regierung bedauert.

Schließlich teilte der Minister noch mit, daß Schießsportvereine mit feuerpolizeilichen Bewehrungen gebildet werden könnten. Darauf wird die Sitzung auf 4 Uhr nachmittags vertagt.

Aus Baden

Oberbadischer christlich-nationaler Arbeitertag.

Ubrach, 29. Juli. Unter zahlreicher Beteiligung aus ganz Oberbaden fand am Sonntag ein christlich-nationaler Arbeitertag statt. Nach dem Gottesdienst in beiden christlichen Kirchen fand zunächst unter dem Vorsitz des Bezirksleiters Rummel im Gasthaus „Störchen“ eine Konferenz der Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner statt. Landtagsabg. Ziegler-Dierbach forderte eine stärkere, entschiedene Betonung der christlichen Grundgeden gegenüber der nicht christlichen, sozialistischen Bewegung. Die christlichen Gewerkschaften lebten die parteipolitische Einstellung ab. Die parteipolitische Betätigung würde zur Zerklüftung der Organisation führen. Heute im verzerrten Deutschland die soziale Fürsorge für die wirtschaftlich Schwachen durchzusetzen und die übrigen Kulturinteressen der Arbeiterschaft zu wahren, sei nur möglich, wenn sich die christliche Arbeiterschaft restlos in den christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Arbeitervereinen zusammenschließe.

Der zweite Zentralvorsitzende des christlichen Textilarbeiterverbandes Deutschlands, Fischer-Düsseldorf, machte bemerkenswerte Mitteilungen über die Wirtschaftslage. Die Erwerbslosigkeit sei besonders im besetzten Gebiet erschreckend groß. Unbeschreibliche Not herrsche in der Arbeiterschaft. Darum die Aktion des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, um die ganze Erwerbslosen- bzw. Kurzarbeiterfürsorge auf eine gerechtere, breitere Basis zu stellen. Die Konferenz beschloß, das badische Arbeitsministerium um Unterstützung zu ersuchen. Ueber die Genossenschaftsbewegung der christlichen Gewerkschaften (Volksbank, Volksversicherung, Warenversorgung, Konsumvereine) machte Bezirksleiter Rummel Vorrath instruktive Mitteilungen.

Nach Eingang der Mittagszüge formierte sich vor dem Bahnhof ein stattlicher Festzug durch die Stadt auf das Schützenhaus. Dort angekommen, entbot der Textilarbeiter Schildecker den Festversammelten einen schmunzelnden poetischen Willkommgruß. Für das christliche Gewerkschaftsstartell sprach Kartellvorsitzender Kindele. Zentralvorsitzender Fischer-Düsseldorf sprach über die geistliche Grundmeinung der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Verbandsleiter-

tärin Hedwig Boitars in Düsseldorf erörterte die Bedeutung der christlichen Frau in der Arbeiterfamilie. Verbandsleiter Fischer-Billingen gab ein Bild über die politische, wirtschaftliche und gewerkschaftliche Lage.

Ein jugendlicher Gewerkschaftler forderte in eindrucksvoller Rede seine Jugendgenossen auf, in die Fußstapfen der Führer der christlichen Gewerkschaften zu treten und alle Kräfte einzusetzen zur Förderung der christlichen Gewerkschaftsorganisation. Die Veranstaltung, in die Musikstücke der Kapelle des katholischen Gesellenvereins und Gesangsvorträge eingestreut waren, endete mit einer erhebenden Ehrung des Führers der christlichen Arbeiterbewegung des Markgräflerlandes Rummel-Ebrach.

— Etilingen, 29. Juli. Am vergangenen Sonntag wurde hier ein junger evangelischer Pfarrkandidat Wilhelm Erhardt unter großer Anteilnahme der evangelischen Gemeinde von Dr. Herrmann ordiniert. — 42 Lehrer, die vor 28 Jahren aus dem Etilinger Lehrerseminar als Lehrer entlassen wurden, fanden sich zu ihrem silbernen Dienstjubiläum wieder in ihrer ehemaligen Bildungsstätte zusammen. Unter der Leitung von Oberlehrer Schlagel wurde die Feier mit einem Konzerte begangen. Unter den Anwesenden befand sich auch Kreisinspektor Gartner aus Mosbach. Dieses Jahr werden nur 20 Lehrerkandidaten aus der Bildungsstätte entlassen.

— Pforzheim, 29. Juli. (Drahtbericht.) Ein schwerer Unfall hat sich gestern abend um 1/2 Uhr in der Wimpfenstraße ereignet. Ein 17jähriger Gärtnerlehrling wurde von dem nach Brötchen fahrenden Leichenauto überfahren und schwer verletzt. Der Verletzte ist schwerhörig und dürfte infolgedessen das Auto nicht gefahren haben. Er wurde ins Krankenhaus überführt.

— Pforzheim, 29. Juli. In letzter Zeit wurden hier eine ganze Anzahl falscher Einbilionscheine mit der Nummer 14 A F 278 901 angehalten. Der Hersteller derselben, der hier wohnhafte Elfenbeinschleifer Eugen Kunzmann, konnte answärts, gerade als er solche falschen Scheine veräußerte, festgenommen werden. Er war noch im Besitz einer ganzen Anzahl. Seine sämtlichen Einrichtungsgegenstände zur Herstellung dieser falschen Scheine konnten beschlagnahmt werden. Es befinden sich noch eine ganze Anzahl Scheine im Umlauf.

a. Weinheim, 29. Juli. Ein 12jähriger Schüler des hiesigen Realgymnasiums, einziger Sohn eines Schreiners, verübte wegen einer in der Schule erhaltenen Rüge einen Selbstmordversuch, indem er sich mit einem Pistöchen in den Kopf schob. Der Knabe wurde schwer verletzt in die Heidelberg Klinik überführt.

— Freiburg, 29. Juli. Im Gegenatz zum letzten Jahr ist die teilweise Sperre der Hohenaltrake zwischen Freiburg und Neustadt am Sonntag dieses Jahr nicht mehr eingeführt worden. Infolge der Zunahme des Kraftwagenverkehrs und der Fabrigeschwindigkeit haben sich aber die Gemeinden beschwerend über den Verkehr in der Gegend geäußert. Dieses hat eine Sperre der Straße infolge ihres wichtigen Charakters als einzige Verbindungsstraße abgelehnt.

— Ubrach, 29. Juli. In der Bürgerauschussung vom 25. Juli wurde die Vorlage über Erwerb des von der Reichsbahndirektion in Ubrach festgestellten Eilenbahnerwohnhauses, durch das, wie bereits gemeldet, der Stadt 27 neue Wohnungen zuzufallen werden, angenommen.

— Etilingen, 29. Juli. In der großen und kleinen Weie, sowie im Wehratal ist eine starke Zunahme der Brunstkrankheit unter den Forellen zu bemerken, die die heimische Forellenzucht schwer bedroht. Da von der Durchführung der getroffenen Maßnahmen ein erfolgreicher Bekämpfung der Krankheit ab-

hängt, empfiehlt es sich, den Fischpächter oder das Bürgermeisteramt sofort zu benachrichtigen, wenn irgendwo franke oder tote Fische entdeckt werden.

Aus Nachbarländern

× Stuttgart, 29. Juli. Am vergangenen Samstag und Sonntag besuchte eine größere Anzahl Mitglieder des Stadtrats Mannheim — an ihrer Spitze Oberbürgermeister Dr. Kucher Mannheim — die Stadt Stuttgart und die in ihr zurzeit stattfindenden Ausstellungen, vor allem Bauausstellung, Gartenbauausstellung, Verbundausstellung „Die Form“ und Ausstellung Neuer Deutscher Kunst.

Is. Neustadt a. d. S., 29. Juli. An dem Verbandstag Pfälzischer Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, die in 22 pfälzischen und 3 saarpfälzischen Kreditgenossenschaften, sowie in 30 Handwerker-genossenschaften rund 26 700 Mitglieder umfassen, nahmen etwa 130—140 führende Männer des Wirtschaftslebens der Pfalz teil. Im Vordergrund der Verhandlung stand die Kreditgenossenschaft des Staates an die Genossenschaften und im Zusammenhang damit die von allen Teilnehmern als notwendig erkannte Schaffung einer genossenschaftlichen Zentralkasse. Nur darüber herrschte verschiedene Auffassung, ob die pfälzischen Genossenschaften sich dem Schweizer Institut, der neu gegründeten Badischen Landesgewerbebank anschließen oder eine eigene Zentralkasse gründen sollen. Zur Klärung dieser Angelegenheit wurde eine 10gliederige Kommission gewählt, die die Frage mit größter Beschleunigung einer endgültigen Lösung entgegenzuführen soll. Der Anwalt des Deutschen Genossenschaftsverbandes, Justizrat Dr. Rau, Zweibrücken, erhaltete ein Referat über den Einfluß der Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens auf die Kreditgenossenschaften, während sich Bankdirektor Keller-Birmensfeld über die Praxis der Kreditgewährung verbreitete und der Syndikus der Pfälzischen Handwerkskammer, Dr. Krug-Kaiserslautern, über Genossenschaften und Handwerk sprach und dabei die Notwendigkeit möglichst billiger Beschaffung der Rohstoffe und Ausschaltung der Zwischen-gewinne der Subditate, Kartelle und Truste betonte. Da nach Ansicht des Referenten die zentralen Genossenschaften die auf sie gestellten Hoffnungen nicht erfüllt haben, trat er für die Schaffung lokaler Organisationen und regionaler Wirtschaftszentren ein, allenfalls auch auf der Grundlage einer Aktiengesellschaft wie die Pfälzische Aktiengesellschaft für Handel und Gewerbe. Durch alle Verhandlungen ging der feste Wille, die Genossenschaften, von denen vor allem die Kreditgenossenschaften durch den Verfall der Währung schwer gelitten haben, wieder aufzubauen durch innere Mäßigkeit und durch solches, vorsichtig kalkulierendes Geschäftsgedahren.

— Etilingen, 29. Juli. In der großen und kleinen Weie, sowie im Wehratal ist eine starke Zunahme der Brunstkrankheit unter den Forellen zu bemerken, die die heimische Forellenzucht schwer bedroht. Da von der Durchführung der getroffenen Maßnahmen ein erfolgreicher Bekämpfung der Krankheit ab-

Berichtssaal

Hundertpfund legt Revision ein.

— Freiburg, 29. Juli. Der vom hiesigen Schwurgericht am 18. Juli wegen Mordes zum Tode verurteilte Holzschlächter Hundertpfund hat gegen dieses Urteil durch seinen Verteidiger Revision beim Reichsgericht einlegen lassen. Hundertpfund, dem die übliche Frist von einer Woche eingeräumt war, um über die Annahme oder Nichtannahme des Urteils schlüssig zu werden, hat mit seinem Revisionsantrag bis zum letzten Tage gewartet.

Ämtliche Nachrichten

Postverordnungen. Dem Posttrat Graf ist eine Oberpostdirektion, dem zum Reichsentwicklungsamt für Kriegsgefangenen beurlaubten Postrat Gagners sowie dem Postdirektor Schögel sind Poststellen bei der hiesigen Oberpostdirektion übertragen worden. Oberposttrat Stein ist zum 1. Oktober nach Frankfurt (Main) versetzt.

bers des Innern — Land — Minister Dr. Helfrich in Vertretung des Staatsministers — Stadt — Oberbürgermeister Finter, und die Vertreter der Handels- und der Handwerkskammern als die berufenen Förderer der D.W.B.-Bestrebungen dienen mit den wärmsten Wünschen für ein gedeihliches Arbeiten entgegengekommen. Die Stadt hatte es nicht bei Worten bewenden lassen, sondern den aus allen Teilen des Reiches herbeieilenden Mitgliedern des D.W.B. im Stadtpark einen Empfang großen Stils bereitet, wobei der D.W.B. feierlichst erwiderte, daß er auch in der Stunde des Frühlichts an Sonne ist.

Sodasinteressant und den Absichten des D.W.B. in außerordentlichem Grade förderlich war eine Fabriknahe durch die großherzogliche Manufaktur.

Den Beschluß der Karlsruher Tagung des D.W.B. bildete eine Fahrt nach Baden-Baden mit einer Führung durch die Gönneranlagen, einer Festvorstellung im kleinen Theater und weltlichen Bekanntheits im Kurhaus, wo der Bürgermeister der Stadt nach warmen Begrüßungsworten den Wunsch ausdrückte, die Tagung nächstens in Baden-Baden begrüßen zu dürfen. — Die Anordnung der Tagung und ihr überaus bestrebender und reibungsloser Verlauf ist in erster Linie den Bemühungen des Direktors der Kurhalle, Herrn Dr. Stord, zu danken, der auch während der Tagung seine eigene Persönlichkeit und einen Stab von Mitarbeitern in selbstloser Weise in den Dienst des Gelingens der Veranstaltung stellte. Der Erfolg war dementsprechend auch glänzend und es ist nur zu behaupten, daß nicht eine noch bedeutend größere Festlichkeit an der Arbeit hier teilzunehmen können. Der D.W.B. ist zweifellos ein Kulturfaktor allerersten Ranges und seine Bestrebungen und Gedanken zu verbreiten und in seinem eigenen Leben zu verwirklichen, Pflicht und lohnende Aufgabe jedes Einzelnen, der mit dem Arbeitskreise des D.W.B. vertraut geworden ist.

Theater und Musik

„Die Vögel“ des Aristophanes sind fast zweieinhalbtausend Jahre alt und statern doch in ihrer ewig gültigen Satire immer noch lebendig durch die Welt, die leider ein „Wolfsrudel“ zu bleiben scheint. Die Satire gedeiht am triebkräftigsten und wirkungsvollsten in den Zeiten der Abklingung von Aem und dem Heraufkommen von Neuen, in den Zeiten seelischer, wirtschaftlicher oder politischer Spaltung, wie ja auch die Satire, sogar der Humor in gewissem Betracht, das Ergebnis des Schismas zwischen Wirklichkeit und Wunsch ist, der Dramas in spottender Weise die verfluchten Gegenstände und die Mordtaten einer zu Ende gebenden einseitigen Anschauung in Verneinung — von sich selbst zu überwinden. Das Aufkommen der Satire ist immer ein Zeichen der Wende, das Abklingen von einem Gipfel. Wenn sie genial ist, hat sie trotz der zersetzenden Tendenzen gerade durch die Verneinung schöpferische Kräfte in sich. Erhebend und seelenberuhigend allerdings wird die Satire nie sein, aber aufhellend und zur Besinnung ermahnend. Nur die Kleinen im Geiste werden ärgerlich und fühlen sich verletzt oder abgehoben. Doch immer sind erfrischend die goldenen Rückblicksgezeiten.

Es verrät ein ungemein scharfsichtiges Zeit-erfassen, eine bewunderliche Betrachtungsweise unserer gegenwärtigen Welt, wenn das Karlsruher Gymnasium in der hochbegünstigten Wiedererfassung altklassischer Spiele durch die Schüler den Kothurn in diesen Tagen abgetan und den Soccus angehängt hat. Professor Dr. Kraderer des hiesigen humanistischen Gymnasiums meinte in kluger Vorbeugung in seiner ausgezeichneten und sehr willkommene Einführung zur Ausführung der „Vögel“ im Jagengarten (siehe mal an, sogar der Schaulack war von Natur aus für das gefiederte Volk vorbestimmt), man könne die Nase rümpfen, daß statt des tragischen Geschehens das lustige Geschehen von einer toleranten Bildungsanstalt verübt werde. Dem ist ganz sicher nicht so. Man-ig-

lich freute sich im Zuschauerraum als auch auf der lustigen Bühne. Wer die Vorgänge des klassischen Athen verstanden hätte, legte sich unsere Zeit unter, alle aber waren über die scheinbare, materielle und musikalische Aufmachung entzückt. So muß die Aufführung als voller geistiger und künstlerischer Erfolg gebühert werden. Sehr wesentlich war, daß die Uebersetzung oder besser Uebersetzung des Lyrikers und Satirikers Dr. Dwiglas mit ihren Stellen, witzigen und genial eingedachten Knittelversen die Jahrtausende überbrang und Ton und Farbe gegenwärtiger machten. Die Inszenierung und Einwirkung, die Aktualisierung (sogar durch Karlsruher Wellfragen wie die des Etilinger Topplages, das qui pro quo des zersetzten deutschen Adlers mit dem sich blühenden gallischen Hahn) durch Professor Kraderer verdient das gleiche hohe Lob wie die Ausführung durch die zahlreichen Schüler, denen die Sache sichtlich sehr Spaß machte als eine zwanghafte Verwirklichung altlicher Formen. Dr. Max Stedel, ein Lehrer des Gymnasiums, der Autor der „Walpurgisnacht“, hat eine ausgezeichnete Musik geschrieben, die vom verklärten Schülerordchester hinter der hübschen hinterbedeckten Szene vor-trefflich ausgeführt wurde. Der Komponist er-fand neben melodramatischen Teilen glückliche Vogelweisen, einen drahtigen Aufzugsmarsch und führte in erfrischender Ausgelassenheit den Reigen auf den Dsa, als er in heutiger Dar-stellung das Satyrspiel in einem raffigen Walzer ausfüllte. Aristophanes im Walzer! Die Synthese zwischen Vergangenheit und Gegenwart war auch hier in überwältigendem Humor und in hübscher Perfektion erreicht worden. Einen Hauptteil erfüllte der Zeichenlehrer der Anstalt, Walter Rolf Lang, mit der Kostümausstattung. In hervorragender, künstlerischer Weise war das große Vogelvolk bekleidet worden; in farbigem Raue und grotesk beschwingter Phantasie häßlichen und schlegelten die gefiederten neuen Staatsbürger über die Szene. Darin waren die jüngeren Schüler eifriger und über-wältigender, dermaßen sich „brüllende“ Bilder ergaben. Die Sprecher und zahllose, scharf her-

ausgetriebene und abwechslungsreiche Typen waren londer Ausnahme mit großem Fleiß und entsprechendem Gelingen auf dem Plan. Es ist nicht angängig, die Namenverzeichnis der Schülern und Primen hier auszuführen, noch wäre es angebracht, einzelne Spieler heraus-zugreifen. Hier wurde nicht um „Kritik“ und Lohn und Ehrgeiz, sondern aus Begeisterung und Eingabe gespielt. Und die hatten alle, daher ihnen allen ein ehrliches Lob. Am Schluß der Aufführung, der auch der Staatspräsident Dr. Köhler beiwohnte, wurden mit heller Be-geisterung der hochverdiente und kundige Leiter der Aufführung, Prof. Kraderer, sowie Dr. Stedel und Maler Lang hervorgehoben. Das Gymnasium classicum hatte einen illustren Tag, um dem man es noch in der eigenen Erinnerung vergangener Zeiten nachträglich beneiden muß.

Kunst und Wissenschaft

Gothein-Gedächtnisfond. Von Freunden und Schülern des verstorbenen Prof. Dr. C. Gothein wurde an der philosophischen Fakultät der Universität Heidelberg ein Gothein-Gedächtnisfond gestiftet mit dem Zweck der Errichtung eines neuen Lehrstuhls für Staatswissenschaften, vornehmlich für Wirtschafts- und Gesellschaftslehre des Auslandes. Der neue Lehrstuhl wurde dem Privatdozenten Dr. Edgar Salin übertragen.

Deutsche Biihereien gehen ins Ausland. Nachdem erst vor kurzem die Biiherei des verstorbenen Rechtsgelehrten Professor Dr. Emil Sedel in Heidelberg in den Besitz der kaiserlichen Tohoku-Universität zu Sendai gelangt ist, ist abermals der Verkauf einer großen Bibliothek nach Japan zu verzeichnen, und zwar die des verstorbenen Heidelberger Juristen Professor Dr. Neubecker, die in den Besitz der kaiserlichen Universität Tokio gelangt. Die Biiherei enthält etwa 8000 Bände aus dem Gebiet der vergleichenden Rechtswissenschaften.

Marburg

Zum Jugendtreffen der Deutschen Turnerschaft am 2./3. August.

Ein Wehen frischen Jugendgeistes geht in diesen Tagen über die alte Hessenstadt an der Lahn...

Ein Blick auf den Plan des Treffens zeigt schon, wie mannigfaltig die Neugierungen junger Lebensfreunde der Turnerjugend sind...

und singen, tanzen und wandern. Turnen wollen wir, nicht allein um der Stärkung des Körpers willen...

Möge es drum uns Jugendturner in Marburg wie ein Sturmwind durchwehen, der die heimliche Glatz in unseren Herzen zum Flammenmeer auflösen läßt...

Edwin Baumann.

Aus dem Stadtkreise

Gedächtnisfeier am 3. August. Bei der Gedächtnisfeier für die Gefallenen des Weltkrieges...

Zur Rückkehr der Ausgewiesenen. Der Oberdelegierte der belgischen Zone in Krefeld weist in einem Schreiben an den Regierungspräsidenten...

Chronik der Vereine

Die Gauleitung des Karlsruher Sängervereins hielt am letzten Sonntag eine Gauleitungssitzung ab. Der Gauleiter H. v. F. bearbeitete die Ertragsrechnung...

res stattfindende 2. Gauversammlung. Nach einem vorläufigen Referat des Gaupräsidenten Rabner wurde einstimmig beschlossen...

Veranstaltungen

Städt. Konzerthaus. Heute Dienstag und täglich gelangt das entzückende Kolorit-Spiel 'Des Königs Nachbarin' von Leon Jessel zur Wiedergabe...

Bunte Chronik

Lord Kilmarnock, der als englischer Vertreter in der Rheinlandkommission in Koblenz und Deutschen leider keine unbefannte Erscheinung ist...

Das Ende eines Abenteuerers. In Rom ist dieser Tage der General Ricciotti Garibaldi gestorben, der letzte überlebende Sohn des großen, geschichtsbekanntesten Garibaldi...

Vom Wetter

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe.

Dienstag, den 29. Juli 1924.

Das von Irland vordringende Tiefdruckgebiet hat sich bis zum Kanal verlagert...

Wetterausichten für Mittwoch, den 30. Juli 1924: Meist trüb, zeitweise Regenfälle...

Rheinwasserstände morgens 6 Uhr

Table with 3 columns: Station, Water level, and Date/Time.

Gemeinde- und Kreisfeuer-vorauszahlung.

Da die Gemeindefeuerstellen noch nicht fertiggestellt sind, wird nach Maßgabe des Art. 14 Abs. 5 des Bad. Katastralsgesetze...

Der Steuerwert erhöht sich, wenn er 50 000 bis ausst. 75 000 G.M. beträgt, um 5 v. H., 75 000 bis ausst. 100 000 G.M. beträgt, um 10 v. H., 100 000 bis ausst. 125 000 G.M. beträgt, um 15 v. H., 125 000 bis ausst. 150 000 G.M. beträgt, um 20 v. H., 150 000 bis ausst. 200 000 G.M. beträgt, um 25 v. H., 200 000 bis ausst. 300 000 G.M. beträgt, um 30 v. H., 300 000 bis ausst. 500 000 G.M. beträgt, um 35 v. H., 500 000 und mehr beträgt, um 40 v. H.

Jede bis zu den obigen Zahlungssterminen eine Gemeindefeuererklärung noch nicht abgegeben, so ist statt der obigen Vorauszahlung das blasse der auf 30. September 1923 für das Rechnungsjahr 1923 für das Grundvermögen festgestellten Goldmarkvorauszahlungsschuld...

Es steht dem Pflichtigen frei, den ganzen Betrag auf den 1. Zahlungstermin zu entrichten. Wer die Zahlungen nicht rechtzeitig leistet, hat für jeden auf den Zeitpunkt der Vollstreckung folgenden ansehnlichen halben Monat einen Zuschlag in Höhe von 5 Prozent des Rückstandes zu zahlen.

Karlsruhe, den 29. Juli 1924. Stadthauptkasse.

Tausche

schöne, sonnige 4 1/2-Zimmer, im Bad i. d. Nähe des Bergparkes...

Zu vermieten

Klein- und möbliert. Vorderzimmer u. sol. Keller zu vermieten. Karlsruher Str. 99, par.

Zu vermieten auf 1. Au. 1-2 Zimmer, 1-2 Zimmer, 1-2 Zimmer, 1-2 Zimmer...

Offene Stellen

Gelucht ig. Mädchen zur Hilfe im Haushalt bei guter Kost und Wohn: Luitpranzstr. 14, par.

Suchen Sie Stellung, so geben Sie eine kleine Anzeige in 'Karlsruher Tagblatt' auf...

Stellen-Gesuche Jüngerer Fräulein das in fam. Zimmerarb. bewandert ist, auch bündeln u. etw. nähen kann...

Empfehlungen Heberichs tüchtigen Arbeiter in Entwurf, i. d. Zidieren u. Ausführung als Stein- u. Mauer, Klempner, Tischler, etc.

Veronica's Stunden Schwarze Kasse mit meth. angelaufenen Kriegefräse 172, unten.

Gesucht Kunstfädlerin und Stopferin

im Reparieren von Teppichen, Gobelins usw. durchaus bewandert. Gebt. Himmelheber, Möbelfabrik A.-G. Kricakstraße 25.

Generalvertreter

einer ersten Zigarettenfabrik sucht für den Bezirk Karlsruhe, Pforzheim, Bretten und Ettlingen einen tüchtigen, bei der einz. Kundenschaft eingeführten Vertreter.

Meister für Präzisionsmechanik

im Werkzeugmaschinenbau mit hervorragenden Kenntnissen in Dreherei, Fräselei, Schleiferei und Werkzeugmacherei gegen sehr gutes Gehalt sofort gesucht. Bedingung: mindestens 35 Jahre alt. Angebote unter Nr. 148 an das Tagblattbüro erbeten.

Posttarif vom 1. Juni Preis 10 Pfennig

Zu haben in der Geschäftsstelle des Tagblatts Ritterstr. 1

Fußbodenriemen

nur schöne, tadellos bearbeitete oberbayerische Ware in allen Längen, Stabreiter, Fußsockel etc. halte stets vorräthig. Ebenso empfiehlen meine rechenhaften Lagen in sämtlichen Sorten und Stärken Bretter und Dielen, bestiumt und unbestiumt, Latten, Rahmen, ferner Tannen-, Foren-, Eichen-, Buchen-, Pappel- und Erlenklötzchen u. bildesten Preisen

Holzhandlung Schmid

beim Hauptbahnhof. Lagertelephon Nr. 2376.

Verkäufe

1 Schrank, 90 A., 1 Paar Bettstellen, 85 A., 2 Nachtschränke, 80 A., neue weisse, Schreinerwaren usw. 114 v. d. Wittelste m. Straße, fast neu, 3. vert. Kasse, Preiszahlr. 2, 111. Kasse, Baumwallballe.

Zu verkaufen

Küchenrichting, neu gebrannt, 70 A., 2 Tür. Schränke, von 25 A. an, 112. Eisschrank, wie neu, 25 A., 2 Kommoden, 25 A., 2 Emailbeden, 25 A., 20 A., 6 St. ein. Stühle, 50 A., 2 Divan, 45 A., 2 Schlafsofa, neu, prima, 75 A., 70 A., Bett, vollst., 50 A., Emailherd, 50 A., bei Preis, 114 v. d. Wittelste m. Straße, 50.

Kinderwagen

Ein erhaltenes, blauer Rahmen aus m. Nieten, federnd preiswert abzugeben, eben, ar. Schaufelherd, 114 v. d. Wittelste m. Straße, 50.

Kaufgesuche

Kleines Wohnhaus in guter Lage in Karlsruhe zu kaufen gesucht. Genehme Angebote unter Nr. 148 in das Tagblatt.

Früh-tartoffeln

in jed. Menge abzugeben. Morlok, am Hauptbahnhof, Station Neurent

Bäder- u. Kuranzeigen

finden weitestgehende Verbreitung durch das 'Karlsruher Tagblatt'

C. F. MÜLLER/KARLSRUHE

Buchdruckerei Verlagsbuchhandlung

Am 31. Juli gelangt in unserem Verlage zur Ausgabe:

Das Ettliger Tor

Groß 4° auf Kunstdruckpapier 28 Seiten mit 24 Abbildungen. Preis 3.— Gold-Mk.

Im Auftrage der Stadtverwaltung herausgegeben von Bürgermeister Hermann Schneider.

Der Streit um die Ettliger-Tor-Baufrage in Karlsruhe erscheint beendet. Unter Zustimmung wohl der gesamten Karlsruher Fachwelt besteht die Hoffnung, das Projekt von Professor Dr. Hermann Billing der Verwirklichung entgegenzuführen. Die Herausgabe der Schrift soll durch Wiedergabe der wichtigsten Daten aus der Entwicklungsgeschichte des Problems den positiven Anteil am schließlichen Endergebnis auch der vielen Anderen erkennen, die im Laufe der Jahre Entwürfe aufgestellt haben oder in anderer Weise sich zu der Frage geäußert haben.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und direkt vom Verlag, Ritterstraße 1.

Für 40 Mark

erhalten Sie ein Herren- oder Damenrad, den Rest in monatlichen Raten. Erstklassige Marken wie Opel und Patia. Große Sendung eingetroffen. L. Heilmann, Reparaturwerkstätte Augartenstraße 41.

Engl. Conversat.-Zirkel

In kleinem, im August beginnenden Privatstiftel (Konversation und flüssige Letüre) können auch einige Damen mit engl. Vorkenntnissen und allgemeinem Bild teilnehmen. Näb. im Tagblatt.

Städt. Konzerthaus Karlsruhe.

Heute Dienstag und täglich abends 8 Uhr Die Königs Nachbarin Singpiel aus dem deutschen Kokoko in 3 Akten von Leon Jessel. Mitwirkende Damen: Holm, Kunze und Meryola. Herren: Geiger, Gerhards, Melchner u. G., Patriok und Strasser.

Besuchskarten

in großer Auswahl und hübscher Ausführung liefert rasch und preiswert Tagblatt-Druckerei Ritterstr. 1. Tel. 297

